



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

ver.di Landesbezirk  
NRW

# Stellungnahme

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME  
17/2623**

Alle Abg

Karlstr. 123-127  
40210 Düsseldorf

Telefon: 0211-61824-0  
Durchwahl: 0211 61824-324  
Telefax: 0211 61824-447

[www.verdi.de](http://www.verdi.de)

■ Stellungnahme der  
vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di  
zur

Datum  
Ihre Zeichen  
Unsere Zeichen

06. Mai 2020

Schriftlichen Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses am 07.05.2020

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

■ zum Gesetzesentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Zustimmung zum  
Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung weiterer  
Gesetze (18. Rundfunkänderungsgesetz)“ (Drucksache 17/8130)

Landesregierung muss das System des Lokalfunks in der Corona-Krise finanziell  
absichern

Wir, die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), nehmen hiermit zum Entschließungsantrag der Fraktion SPD, Drucksache 17/8930, wie folgt Stellung:

Freier und unabhängiger Journalismus – auch im Lokalen - ist eine gewichtige Säule der Demokratie. Wir unterstützen daher jede Bemühung, werbefinanzierte, lokale Medien wie den Lokalfunk NRW mit seinem „Zwei-Säulen-Modell“ zu erhalten und zu stützen.

Das bundesweit einzigartige „Zwei-Säulen-Modell“ des NRW-Lokalfunks entstand bereits vor 30 Jahren. Das Zusammenspiel zwischen gesellschaftlich relevanten Gruppen und den Zeitungsverlegern ist eine Erfolgsgeschichte die es zu bewahren gilt.

Von den momentan wegbrechenden Werbeerlösen dürften alle privatwirtschaftlich organisierten, lokalen Medien betroffen sein. Es dürfte unstrittig sein, dass neben dem Lokalfunk auch andere lokale Medien, bspw. Lokalzeitungen, für die Demokratie eine wichtige Rolle spielen. Insofern ist auch hier zu prüfen, wie sich die Krise auswirkt und wie man die dort Beschäftigten unterstützen kann.

Schon vor der Corona Krise war der wirtschaftliche Druck in den Verlagen groß. Der Stellenabbau in den Redaktionen schritt voran und Fusionen führten zu dazu, dass in manchen Kreisen nur noch eine Lokalzeitung veröffentlicht wurde. Die Gründung von nicht tarifgebunden Gesellschaften in den Verlagen wurde zunehmend zur Regel.

Bei der Gewährung von Unterstützungen durch die Landesregierung ist es uns wichtig, dass die Unterstützung die Unabhängigkeit der Angebote nicht beeinträchtigt. Außerdem sollten sich die unterstützten Medien verpflichten, für einen längeren Zeitraum auf den Abbau von Stellen und auf Budgetkürzungen bei Freien Mitarbeiter\*innen zu verzichten. Zudem sollte in Erwägung gezogen werden, dass lediglich tarifgebundene Arbeitgeber von Mitteln aus Steuergeldern profitieren oder zumindest bevorzugt behandelt werden.